

KURZ NOTIERT

von Jessica Barth

■ Teenager-Schwangerschaften und Gesundheitsgesetz

Laut der United Nation Population Fund Agency (UNPFA) ist die Anzahl der Schwangeren im Teenager-Alter in den letzten zehn Jahren um 70 Prozent angestiegen. Ugochi Daniels, Mitarbeiterin bei der UNPFA, äußerte sich hierzu sehr besorgt und verwies auf das besonders hohe Risiko, dem Mädchen zwischen zehn und 19 Jahren durch eine Schwangerschaft und Geburt ausgesetzt seien. Dieser Entwicklung könne laut Daniels nur mit einer umfassenden Aufklärungskampa-

gne entgegen gewirkt werden, die besonders junge Filipinas frühzeitig informieren und sensibilisieren soll.

Die Forderung nach sexueller Aufklärung, Information und Zugang zu Verhütungsmitteln und verstärkter Schutz von schwangeren Frauen sind Teil des seit Jahren heftig umstrittenen Gesetzentwurfs, der Reproductive Health (RH) Bill. Doch in der Provinz Albay, Süd-Luzon, wird nun wahr, was zahlreiche Unterstützer des RH Bill fordern: mit einer

Gesamtsumme von 40 Millionen Pesos verteilt über fünf Jahre sollen ab diesem Jahr Aufklärungs- und Informationsprogramme zu Sexualität, HIV/AIDS sowie den Themen Reduktion von Kindersterblichkeit, Gleichberechtigung und Armutsreduktion stattfinden. Eine wichtige Initiative, um dem Trend der Frühschwangerschaften gezielt und langfristig entgegenzuwirken und somit zum Schutz und der sexuellen Selbstbestimmung der Filipinas beizutragen.

Vgl. *interaksyon.com*, 27. April 2012

■ Kinderarbeit in den Philippinen

Rund 1,9 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren müssen arbeiten, um etwas zum Familieneinkommen beizutragen. Eine Tatsache, die im jährlich erscheinenden Armutsreport des *National Statistics Office* weitgehend tabuisiert wird.

Laut philippinischem Gesetz müssen Kinder mindestens 15 Jahre alt sein, um einer bezahlten Tätigkeit nachgehen zu können. Gleichzeitig sieht das Arbeitsrecht vor, dass Kinder unter 15 Jahren ungefährliche Arbeiten ausführen dürfen, wenn sie dabei unter der Aufsicht von Eltern oder anderen Verantwortlichen stehen.

Doch diese Regelung untergräbt den Schutz der Kinder vor (übermäßiger) Arbeit. Besonders in den Haupttätigkeitsbereichen von Kindern, wie der Landwirtschaft, dem (Tiefsee-)Fischen und der Herstellung von Handarbeits- und Haushaltswaren sowie dem Bergbau ist eine Erfassung der Arbeitszeiten schwierig. Gerade in der teilweise massiv betriebenen Aufarbeitung von Rohstoffen, beispielsweise im offenen Tagebauverfahren, sind die (gesundheitlichen) Folgen für Kinder und Jugendliche nicht absehbar und irreversibel. Die üblicherweise niedrigen Löhne und die geringe Wehrfähig-

keit von Kindern lässt sie zu einer gefragten Arbeiterschaft werden.

Die *International Labour Organization* (ILO) hingegen will Kinder- und Jugendarbeit nur dann unterbinden, wenn Umfang und Art der Arbeit dazu führen, dass Kinder ihrer Kindheit, ihres Potentials und ihrer Würde beraubt werden und wenn sie Tätigkeiten ausführen, die ihrer körperlichen bzw. psychischen Entwicklung schaden. Diese Definition lässt der philippinischen Regierung einigen Freiraum und bietet wenig Anreize, Kinder- und Jugendarbeit gänzlich zu verbieten.

Vgl. *Manila Times*, 07. März 2012

■ Umweltkatastrophen besonders folgenreich für Bauern

Für das Jahr 2011 führen die Philippinen weltweit die Liste der Länder an, die am meisten von Umweltkatastrophen betroffen waren. Von den 302 weltweit registrierten Ereignissen fanden 33 allein in den Philippinen statt. Insgesamt wurden 1.774 Menschen getötet, über drei Millionen Familien sind betroffen, der wirtschaftliche Schaden beträgt 26 Milliarden Pesos. Diese Daten wurden durch die *NRO Citizens' Disaster Response*

Center (CDRC) erhoben, die sich aktiv für das Katastrophenmanagement in den Gemeinden einsetzt.

Wie weitreichend die durch Wirbelstürme, Fluten und Vulkanausbrüche entstandenen Schäden sind, hat eine neue Studie des *Institute of Philippine Culture* (IPC) ermittelt. Untersucht wurden die sozialen Auswirkungen der Wirbelstürme Ondoy und Pepeng von 2009. Die Ergebnisse sind erschütternd: Durch die Zerstörung von

landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie Maschinen und anderen Kapitalgütern ist besonders das Einkommen der Bauern stark gesunken ohne unmittelbare Aussicht auf Verbesserung. Mit der notwendigen Neuanschaffung von Saatgut, Lasttieren und anderen Hilfsmitteln laufen viele Bauern Gefahr, sich bei den zahlreichen Geldleihern zu verschulden.

Vgl. *Bulatlat.com*, 27. April 2012;

Manila Times, 1. April 2012